

Politische Umschau.

Die Auskündigung über den „Fall Castro“.

Zu dem Gerücht, daß der Präsident Castro an Bord eines unter deutscher Flagge segelnden Schiffes in den Gewässern von Haiti sich befindet, erklärt der Inhaber der Firma Georg Großhüls, Konst. Großhüls, in den gestrigen Berliner Mittagsblättern:

„Ich faute Lehrgelt von der italienischen Regierung den ausrangierten Kreuzer „Umbria“ und verlaufe ihn, nachdem ich ihn hatte modernisiert lassen, später an die haitianische Regierung. Vor einigen Tagen mußte der Kreuzer, der allerdings unter deutscher Flagge fuhr, da er bis zur Übernahme und Beleidigung durch die Regierung von Haiti mein Eigentum ist, Las Palmas anlaufen, um Proviant und Kohlen einzunehmen. In Las Palmas wohnte Castro, vielleicht wohnt er auch jetzt noch da; dies entrichte ich aber meiner Kenntnis. Das Anlaufen in Las Palmas gab zu dem Gerücht Anlaß, ich hätte das Schiff an Venezuela verlaufen und Castro befände sich am Bord, um von dort aus einen Putsch in Szene zu legen. Das ganze Mär ist ebenso lächerlich wie absurd, und um das ganze zu krönen, verwechselte man meinen Provinzialsakramentalen Jakobi, einen guten Deutschen, mit Castro. Nachts erhielt ich ein Telegramm, daß das Schiff gestern abend in Port au Prince eingelaufen und von den dortigen Behörden feierlich empfangen worden ist. Im Laufe des heutigen Tages wird die Übernahme des Schiffes und die Beleidigung durch die haitianische Regierung erfolgen. Im übrigen besteht die ganze Belästigung des Schiffes vom Kapitän bis zum letzten Mann hinunter aus Deutschen, die früher sämtlich in der Kaiserlichen Marine gedient haben.“

Auch werden sich die Venezolaner wohl beruhigen.

15 Milliarden Sparkassengelder.

Die mit Ende 1909 abgeschlossene Sparkassenstatistik weist in Deutschland einen Gesamtbetrag an Sparkassengeldern in Höhe von 14,55 Milliarden Mark auf. Hieraus darf man annehmen, daß gegenwärtig die 15. Milliarde erreicht ist. Diese Ziffer stellt dem Sparinstitut der deutschen Bevölkerung ein glänzendes Zeugnis aus, beweist aber auch bis zu einem gewissen Grade, daß unsere wirtschaftlichen Verhältnisse im allgemeinen durchaus gesund sind. Auf je 100 Einwohner entstehen 1909 etwa 31 Sparkassenschriften, die von einigen kleineren Staaten, wie Schweiz mit 55,23, Dänemark mit 54,5, Norwegen mit 38,6 und Schweden mit 38 Sparkassen übertroffen wird, wohin aber alle anderen Großstaaten zurückbleiben. Was die Höhe der Einlagen betrifft, sei bemerkenswert, daß von allen Ländern der Erde nur die Vereinigten Staaten von Amerika mit 15,6 Milliarden Mark einen höheren Sparkassenbestand als Deutschland aufweisen; alle anderen Staaten unterschreiten mit ihrem Sparkassenbestand 5 Milliarden, die Berechnung auf je ein Sparkassenbuch und auf den Kopf der Bevölkerung ergibt ein ziemlich gutes Bild von Sparsamkeit der wirtschaftlichen Lage. Auf den Kopf der Bevölkerung entfallen an Sparkassenguthaben in Deutsches Reich (1909) 224,4 M. Preußen (1909) 230,4 " Australien (1909) 231,9 " Belgien (1909) 97,07 " Dänemark (1909) 357,25 " England (1909) 98,25 " Frankreich (1907) 101,52 " Italien (1908) 85,72 " Niederlande (1908) 71,88 " Rückland (1909) 15,97 " Schweiz (1909) 358,4 " Ungarn (1908) 88,8 " Schweden (1909) 165,6 " Vereinigte Staaten d. Amerika (1909) 176,10 "

Auf je ein Sparkassenbuch entfällt der höchste Betrag in den Vereinigten Staaten von Amerika mit 1796, danach kommt Österreich-Ungarn mit 1000, Österreich mit 782, Deutschland mit 733, England mit 335 M.

Der neue Stützpunkt Japans im Pazifik.

Japan strebt mit der beschlossenen Errichtung einer neuen Basis für seine Kriegsflotte im Stillen Ozean auf den Bonin-Inseln nach einem Zwischenstützpunkt zwischen dem Infeldsee und seinem Flottenstützpunkt auf den Hawaii-Inseln. Die Bonin-Inseln liegen etwa 900 km südlich von Japan unter 142° östl. L. und 270 nördl. Br. und etwa 900 geographische Meilen westlich von Hawaii, und bestehen aus den erloschenen Vulkaninselgruppen der Parry-, Beechey- und Cosmo-Inseln. Sie sind daher von Tokio aus und an nähernd auch von Nagasaki aus mit Kriegsschiffen bei 18 Knoten Fahrt in etwa 32 Stunden zu erreichen, und die Hawaii-Inseln von ihnen aus in etwa 9 Tagen. Die dadurch bewirkte Abkürzung der Fahrt aus den Bonin-Inseln sichtete japanische Kriegsschiffe, Truppen und Kriegsmaterial sowie Proviant und Heimgutmaterial nach Hawaii gefolgtet die Bonininseln zu einem wichtigen maritimen Zwischenstützpunkt und Säulenpunkt Japans im Stillen Ozean nicht nur betreffs Hawaïs und der Ostküste des Pazifik, sondern auch in der Richtung auf die Marianen, Karolinen, Neu-Guinea und Australien, während Formosa mit dem Hafen der Pescares ein derartiges Zwischenfeld in der Richtung der Philippinen, Südchinas und Indiens bildet. Unter den zahlreichen Inseln der Bonininselgruppe bietet sich offenbar ein geeigneter, sicherer Hafen und Flottenstützpunkt für die Besatzungen Japans, und man darf mit Interesse seiner Wahl unter den erwähnten 3 Infeldgruppen, der Art der Ausgestaltung dieses Stützpunkts und der weiteren Entwicklung der maritimen Pläne Japans im Stillen Ozean entgegensehen.

Neue Funkenanlagen und Telegraphenanlagen in den Kolonien.

Es wurde jüngst gemeldet, daß in Togo eine Telegraphenanlage errichtet werden soll. Diese Neuansiedlung ist, wie der Korrespondenz „Heer und Politik“ von kolonialer Seite mitgeteilt wird, nur ein geringer Teil der bestehenden Neuansiedlungen auf dem Gebiete der Telegrafie in den Kolonien. In der bedeutenderen Erweiterung der telegraphischen Nachrichtenverkehr in den Kolonien erfahren wird, werden auch mehrere Telefunkenanlagen einbezogen sein. Insgeamt sind drei drahtlose Telefunkenanlagen und sechs neue oberirdische Telegraphenanlagen geplant, die hier zusammenfassend genannt werden sollen. Die drei Telefunkenanlagen haben ihren Stand in Libreville, Gabun, Swakopmund und Duala. Die sechs telegraphischen Linien (oberirdisch) haben folgende Anfangs- und Endstationen: Die erste, schon erwähnte Linie geht von Kreta-Kraichti nach Bimbia (Togo), die zweite von Kribi nach Großbatanga (Kamerun). Die bisherige oberirdische Feldleitung,

linie in Gibon-Geibis-Malabahöhe (Deutsch-Südwestafrika) wird vergrößert, erhält einen umfangreichen Betrieb und wird in eine oberirdische Telegraphendrahlinie verwandelt. Eine Vermehrung der bisher vorhandenen Leitungen durch Bau von neuen oberirdischen Leitungen tritt an folgenden Orten ein: auf der Telegraphenlinie Windhuk-Karibib und von Keetmanshoop nach Roraimahorn (Deutsch-Südwestafrika). Auch in Ostafrika wird eine zweite Leitung gebaut, und zwar erhält die Linie Dokesalam nach Kilwa einen derartigen Zuwachs. Insgesamt werden die bisherigen telegraphischen Verbindungen in den Kolonien also um neue weitere bereichert, von denen insbesondere die drabolosen Stationen eine für die Kolonien bedeutsame Einrichtung sind, deren Entwicklung man mit Interesse beobachtet.

Deutsches Reich.

Leipzig, 17. Juni.
* Reichstagsabgeordneter Merlet hat in einer am Dienstagabend in Reichenbach abgehaltenen öffentlichen Versammlung der nationalliberalen Partei in längerer Rede über die Arbeiten des Reichstages gesprochen und dabei erklärt, daß er eine Kandidatur für den nächsten Reichstag keinesfalls wieder annehme. Vorher hatte der neuangeführte Parteileiter Dr. Linke-Reichenbach in einem einflussreichen Vortrag das Thema „Liberalismus und Nationalpolitik“ behandelt.

* Der Kaiser ist am Freitag kurz vor 3 Uhr im Sonderzug in Hannover eingetroffen und wurde am Bahnhof vom Polizeipräsidenten v. Bederath und Gehilfen Barrens empfangen und ins Fürstenzimmer geleitet, wo drei junge Mädchen dem Kaiser Rosenblumen überreichten. Darauf fuhr der Kaiser, der die Uniform der Königswache trug, im Automobil unter den Hochrufen des zahlreichen Publikums nach dem Renaissanc.

* Ein Gefecht des Kaisers. Der Kaiser hat der Einwohnerschaft der Insel Helgoland eine große österliche Parade zum Gefecht gemacht. Die Parade ist auf dem Unterlande aufgestellt worden und soll während der Zeit des Baues eines neuen Krankenhauses für die Unterbringung von Kranken verwendet werden. Nach Fertigstellung des Baues will man die geräumige Parade erholungsbedürftigen Schülern des Festlandes als Quartier zur Verfügung stellen.

* Im Reichstagswahlkreis Worms-Hockenheim werden die Nationalliberalen dem Reichstagsabgeordneten Freiherrn v. Henckel, der 1908 aus der nationalliberalen Reichstagsfraktion ausschied, bei der nächsten Wahl einen Gegenkandidaten in der Person eines angehenden Mitglieds der nationalliberalen Partei gegenüberstellen. Dieses Vorgehen soll in Einklang mit einer großen Anzahl von nationalliberalen Parlamentariern erfolgen.

* Eröffnung des Großschiffahrtsweges Berlin-Stettin. Auf eine Anfrage an den Regierungspräsidenten in Potsdam als Chef der Verwaltung der maritimen Wasserstraßen ist, wie der „An“ mitteilte, die Antwort erlangt, daß die Eröffnung des Großschiffahrtsweges im ganzen nicht vor Herbst 1912 zu erwarten ist. Eine Entscheidung über die beim Großschiffahrtsweg anstellenden Beamten ist noch dem Militärwasserweg nicht gegeben worden.

* Erhöhung der Feuerwehrheit in Warenhäusern. Die preußischen Minister der öffentlichen Arbeiten, für Handel und Gewerbe und des Innern haben einen gemeinsamen Erlass an die zuständigen Behörden gerichtet, der sich mit einer Erhöhung der Feuerwehrheit in Warenhäusern beschäftigt. In ihm wird ausführlich, daß auf der Hauptwoche der Berliner Feuerwehr vor einiger Zeit Brandversuche zu einem für diesen Zweck angefertigten städtischen Modell eines Warenhauses angesetzt wurden. Hierbei hat sich die Vermutung bestätigt, daß in mehrzähligen Warenhäusern, die Läden nicht haben, solche Treppenhäuser, die nur an der Decke mit Entlüftungsöffnungen versehen sind, bei Ausbruch eines Brandes, momentan bei vorzeitiger Öffnung der Lüftungsläden, sehr schnell überqualmen und ungangbar werden. Eine wirksame Entlastung von Treppenhäusern erhebt nur dann sicherstellbar, wenn in ihnen Entlüftungsöffnungen nicht bloß an der Decke, sondern auch in Höhe jedes Geschosses vorhanden sind. In den zu erläufenden haupztzeitlichen Verhältnissen ist außerdem die Belästigung der Lüftungskräfte durch die Belästigung der Lüftungskräfte für den Regelfall der Feuerwehr vorzubehalten.

* Der bekannte pfälzische Zentrumsführer Bürgermeister Heinrich Grewein in Niederkrüchten ist gestorben. Er war in den letzten Jahren wiederholt als Reichstags- und Landtagskandidat für den Wahlkreis Neustadt-Landau aufgestellt.

* Sozialdemokrat und Schlossland in Preußen. Die Bedeutung des Artikels 4 der preußischen Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 wird in einer neuerdings ergangenen Koalitionsentscheidung des 8. Senats des Königl. Oberverwaltungsgerichts, der Auskluß eines Schlossvertragsmitgliedes wegen Verfälschung sozialdemokratischer Erklärungen zugrunde liegt, in den folgenden zwei Sätzen erläutert dargestellt: „Wenn der Artikel 4 ausdrückt, daß alle Preußen vor dem Gesetz gleich sind, so hat dies nur die Bedeutung, daß die Bevölkerung ohne Unterschied des Standes, gender jeden in vollem Umfang anwendet werden sollen. Und wenn es im Artikel 4 weiter heißt, daß die öffentlichen Beamten, unter Einschaltung der von den Gesetzen festgestellten Bedingungen, für alle dazu bestimmt sind, die gleiche angewandt sind, so steht ja gerade in Frage, ob der Kläger als Befürworter sozialdemokratischer Anschauungen zum Amte eines Schlossvertragsmitgliedes nach den geistlichen Voraussetzungen befähigt ist.“ Diese Frage hat ebenso wie der Vorderrichter auch das Oberverwaltungsgericht verneint.

* Beendeter Streit. Die Bevölkerung der See-Gärtner-Siedlung bei Hörsel (Westfalen), die seit länger als zwei Monaten im Ausstand verharzte, beschloß fast einstimmig, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Forderungen der Belegschaft sind nicht bewilligt worden.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

* Der Besuch des Königs Petar von Serbien am Wiener Hofe ist, wie das „Neue Blatt“ erzählt, für Anfang Herbst in Aussicht genommen.

Italien.

* Der Papst an das französische Episcopat. Ein päpstliches Schreiben empfiehlt dem Episcopat Frankreichs, dafür zu sorgen, daß das nötige Institut der Volksmissionen sich immer mehr entwickle, und ermahnt die Bischöfe, in jeder Diözese hierfür geeignete Kräfte in den sogenannten Diözesan-missionen einzurichten. An diesem Schreiben fällt auf, daß der Papst kein Wort über die Ver-

dienste der Ordensleute für die Volksmissionen sagt, und auch die Ordensleute nicht als Prediger hierfür empfiehlt, sondern die Heranziehung von Weltgeistlichen wünscht.

Portugal.

* Die neue Organisation des Auswirkungen Amtes wird, wie der „Tal. R.“ aus Madrid gemeldet wird, durch einen Erlass gegelegt. Die Legationen werden in solche erster und zweiter Klasse eingeteilt. Die erster Klasse bestehen aus den diplomatischen Vertretungen in Berlin, London, Paris, Rom, Rio und bei dem Botschafter. Der Botschafter genießt also gleichermaßen die gleiche Ausbildung wie das Konsulat und eine höhere wie Wien und Petersburg. Das höchste Gehalt, 3400 Milreis (1 Milreis = 4,53 M.), soll der Botschafter in Rio erhalten. Im Konularium soll man aus Erfahrungsründen erhebliche Verbesserungen stattfinden und man koste 450.000 M. dadurch zu sparen.

* Ruhe in Nordportugal. Die Fortsetzung in Lisabon eintreffende Nachrichten, daß die über die Nordgrenze nach den spanischen Provinzen Galizien ausgewanderten portugiesischen Monarchisten einen bewaffneten Einfall planten, veranlaßten den Minister des Innern Dr. Almeida, persönlich den Stand der Dinge in jenen Landesteilen zu untersuchen. Der Minister ist nach Viana abgereist und wird von dort Valencia und eine Anzahl anderer Grenzfähde besuchen. Am Donnerstagabend ging, wie das „B.“ meldet, von ihm ein Telegramm beim Minister des Außenlands Machado ein, in dem er mitteilt, bisher sei von den Verbündeten keinelei Einbruchversuch unternommen worden und im ganzen Norden des Landes herrsche vollkommene Ruhe. Trotz dieser Entwicklungen läuft über die Regierung mit den militärischen Sicherungsmaßnahmen fort und sendet weiter zuverlässige Truppen nach den Bezirken, die für einen Putsch gegen die Republik zweifelhaft erscheinen.

Rußland.

* Mehr Truppen im Umgebinde. Der Kriegsminister Schomionow hat sich bei seiner Reise nach Schlesien überzeugt, daß die im Umgebinde stationierten Truppen auf 160.000 Mann gebracht werden. Um zu ermöglichen, werden die erforderlichen Rahmen mit möglichster Beschränkung gebaut werden. Zur Erleichterung der Lösung dieser Aufgabe haben die russischen Behörden ihren bisherigen Entschluß, die Einwanderung chinesischer Arbeiter völlig zu verbieten, aufgegeben. 24.000 Chinesen sollen zu Bauarbeiten zugelassen werden.

* Der amerikanische Stoffenbesuch. Am Donnerstag nachmittag besuchte der Zar das amerikanische Geschwader und ging in Begleitung des Marineministers Grigorowitsch an Bord des Schlachtkreuzers „Loulanja“. Von der Wärme des offiziellen Empfangs sieht aber die verhältnismäßig kalte Aufnahme, die den amerikanischen Kriegs- und Offizieren in Petersburg bereitet wird, etwas ab. Auch fällt es auf, daß das „Novoe Wremja“ wieder während des Aufenthaltes der transatlantischen Gäste sich in polemischen Beleidigungen gegen die Union ergibt.

Finnland.

* Finnland und die europäische Fahrplankonferenz. Man schreibt der „Voss. Zeit.“ aus Helsinki, daß die im Umgebinde der Stadt verhältnismäßig häufig stattfindende, die die internationale Sozialdemokratie befreit hat und auch in anderen Wahlen in Finnland anstrebt, wird durch das Parlament arbeitsfähig sein und, zu einem Teil wenigstens, die Hoffnungen erfüllen, die nicht allein vom Träger der Krone und von seinem getreuen Berater, dem Ministerpräsidenten Grön, v. Biennisch, sondern auch von der Gesamtheit der unbefeuerten Wähler gehegt werden sind. Die Deutschen Freiheitlichen, die so lange eine untergeordnete Rolle spielen, werden im neuen Hause einen wesentlich wichtigeren Faktor bilden und gewiß dazu beitragen, daß das deutstatische Problem der Lösung des trockensten Nationalitätenstreites in Böhmen einer baldigen gedeihlichen Lösung zugeführt werde.

Das „Hamburger Fremdenblatt“ schreibt:

„Der erste Wahlgang, der am Dienstag in Osterreic statthaft gefunden hat, erhält durch zwei Tatsachen sein Gepräge: durch das Debüt der Christlich-Sozialen in Wien und den anderen niederrheinischen Städten und durch das Heraufkommen einer deut.-östl. Arbeiterspartei, die sich in der nordhessischen Industriestadt Fabrik gegen die internationale Sozialdemokratie behauptet hat und auch in anderen Wahlen fröhlig in die Entscheidung eingetreten ist. Auf österreichischer Seite hat sich ja längst eine nationalistisch-hauswirtschaftliche Gruppe unter den Sozialisten gebildet; es gibt also schon die Not der deutschen Arbeiter, sich von der internationalen Theorie abzuwenden, die in Österreich nur den kulturell und wirtschaftlich tieferstehenden ländlichen Arbeitern das Herauströmmen gegen die Deutschen erleichtert.“

Von österreichischen Preisträmmen führen wir zunächst die den offiziellen „Fremdenblattes“ an, das die Niederlage der Christlich-Sozialen schmerlich berührt:

„Es war nicht wohlgemerkt, daß sich die Deutschen bürgerlichen zu wenig dankbar gezeigt haben für die vier Jahre des Zusammenwirkens. Hoffentlich werden sie wenigstens bei den Stichwahlen überall dort zusammengehen, wo es möglich ist. Die deutsch-bürgerliche Politik darf ihren letzten Halt in Wien nicht verlieren. Es ist zu wünschen, daß sie diejenigen Städten Halt nicht dadurch schwäche, daß man die Stadt, in der ein so großer Teil der Deutsch-Oesterreicher lebt, zum Hauptkampf zwischen den beiden großen Gruppen der Deutschbürgerschaft macht.“

Die „Neue Freie Presse“ sieht in dem Ergebnis der Wiener Wahlen ein historisches Ereignis für ganz Österreich. Die christlich-soziale Partei habe nicht eine Niederlage, sondern eine teilweise Katastrophe erlitten. Schon jetzt ist gewiß, daß sie in der parlamentarischen Vertretung Wien eine Minorität sein wird. Die Minorität im Reichsrat könnte aber nicht lange die Majorität im Gemeinderat bleiben. Es müsse so kommen, weil die Stadt niemals klerikal sein konnte und weil die „himmlischkeirenden Sünden“, durch welche die Ernährung der Städte so ganz der ländlichen Wit für überlassen wurde, herausfordernd großen Gruppen der Deutschbürgerschaft machen.

Endlich sei noch eine ungarische Stimme, die des „Pester Lloyd“, angeführt:

Die Christlich-Sozialen erscheinen in diesem Augenblick als eine politische Armee, deren sämtliche Fähigkeiten im ersten Kampfe niedergeschlagen wurden. Der eine oder der andere wird sich vielleicht noch erheben. Es mag geschehen, daß eine gütige Wollute den und jenen noch zu längstgezeigten Wahlfällen des Parlaments empfohl. Der jüngste Schlag aber, der heute von den Wählerhaften gegen die Partei geführt wurde, kann nicht mehr überwunden werden. Diese Partei hat das Schicksal der Dienstboten, von dem sie errettet wurde. Wir wollen nicht die Minorität im Reichsrat bleiben, wir müssen, weil die Stadt niemals klerikal sein konnte und weil die „himmlischkeirenden Sünden“, durch welche die Ernährung der Städte so ganz der ländlichen Wit für überlassen wurde, herausfordernd großen Gruppen der Deutschbürgerschaft machen.

Prebstimmen.

Der Ausfall der österreichischen Reichstagswahlen wird auch in der reichsdeutschen Presse lediglich besprochen. Die „Germania“ richtet warnende Worte an die unterlegenen Christlich-Sozialen:

„Sollte die Christlich-Sozialen Partei die Eigentümlichkeit in ihren Reihen unterdrücken, solls wieder straffe Parteidisziplin herstellen, solls die Wähler der Partei treu zur Partei preisen können, sofern sie gleichzeitig die Maßnahmen des Kapitalismus nicht zu fürchten, sondern zu verteidigen scheinen. Der Stoßtrichter: „Wir haben keinen Zweck mehr, ohne den ist es gesetzt“, den wir in letzter Zeit oft haben ausführen hören, ist wieder ein Tropf noch eine Tat. Keine Partei hat den Anspruch, stets von einem gesunden Mann geführt zu werden, aber jede Partei hat die Pflicht, die Geschäftsführung eines solchen gesunden Mannes in seinem Sinne zu verwalten und sich einem klügigen Führer unterzuordnen, der zum Katorer der Erbfeinde ist der geeignete erscheint!“

Die „Königliche Volkszeitung“ ruft dagegen den Christlich-Sozialen zu, sich nicht entmutigen zu lassen:

„Das ganze Land, auch Tirol, hält treu zu den Christlich-Sozialen, das ganze Land vereint die Christlich-Sozialen eine Schlappe erlitten, die in der moralischen Wertung einer Niederlage gleichkommt, und doch die Deutsch-Freiheitlichen an Terrain gewonnen. Die Phantasie des nächsten österreichischen Abgeordnetenhauses wurde heute noch nicht ausgeprägt. Es wurden nur einige charakteristische Fälle eingezeichnet